

tragung des bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodells zugleich den Reformprozess, der seine Fortexistenz sichern sollte, nicht nur verzögert, sondern negativ beeinflusst habe. Das ist aus der Sicht des Autors der „Preis der Einheit“.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland sich aufgrund seiner sozialstaatlichen Traditionen und der Komplexität seines politischen Systems ohnehin mit den notwendigen Reformen sehr viel schwerer tue als die meisten anderen Industrieländer, gipfelt die „Schlussbetrachtung“ in einem dringenden Appell an Politiker, Experten, Funktionäre der großen Verbände, aber auch die Wähler, über ihren Schatten zu springen, um das Überleben des Sozialstaates überhaupt zu ermöglichen.

Kehl

Folkert Meyer

Michael Gehler

## Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik

Von der alliierten Besatzung bis zum  
Europa des 21. Jahrhunderts

(2005), 2 Bände, 1292 Seiten, Ln.,  
144,40 €, Studienverlag, Innsbruck

Der bislang am renommierten Institut für Zeitgeschichte in Innsbruck lehrende Michael Gehler hat die erste Gesamtdarstellung der österreichischen Außenpolitik ab 1945 vorgelegt und damit eine bemerkenswerte Pioniertat vollbracht. Zugleich zieht er damit die Summe einer seit mehr als einem Jahrzehnt währenden intensiven Beschäftigung mit diesem sperrigen Gegenstand, die sich in über 50 Spezialstudien niedergeschlagen und den Autor längst als einen exzellenten Kenner der Materie ausgewiesen hat. Zu den Intentionen seines großangelegten Versuchs schreibt Michael Gehler:

„Das Buch will im Sinne eines problemorientierten Zugangs die wichtigsten Fakten aufzeigen, die Grundzüge der österreichischen Außenpolitik und biographisch-akteursspezifische Aspekte zu den einzelnen Außenministern/innen herausarbeiten, Aufrisse der einzelnen Phasen ermöglichen, Verlaufslinien zeichnen und Zusammenhänge der österreichischen Außenpolitik in einem größeren Überblick von der Wiederaufrichtung des Staates 1945 bis zu seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union von 1995 und zur Gegenwart im beginnenden 21. Jahrhundert herstellen, wobei

Fragen der Kontinuität und des Wandels beachtet werden sollen.

Das Werk will nicht nur auf dem Stand der modernen Forschung, sondern auch methodisch überlegt sein: Die innere Geschichte Österreichs wird gebührend berücksichtigt und miterzählt. Die historische Bedeutung der äußeren Dimension der Geschichte Österreichs nach 1945, d.h. eine Analyse der Außenwirkung von innerer Politik, die Außen- und Selbstwahrnehmung Österreichs in der Staatenwelt und die vielschichtigen, von außen stammenden, fremdbestimmten Einflüsse auf die (Innen-)Gestaltung des Landes waren zu berücksichtigen, wobei es die Entwicklung in den internationalen Kontext einzubinden galt. Es handelt sich so gesehen auch um eine Geschichte der Zweiten Republik.

Im Mittelpunkt stehen die Außenpolitik des Staates und die Profile seiner Außenminister bis in die 1970er Jahre und anschließend, die schon erwähnten Akteure eingeschlossen, nicht-staatliche Organe, Verbände, Interessengruppen, Medien und transnationale Parteienzusammenschlüsse, wobei auf bereits durchgeführte Meinungsumfragen sowie statistisches Material zurückgegriffen und dieses grafisch visualisiert werden konnte.“

Dass das umfangreiche Werk trotz seines Detailreichtums und seiner Länge sich – aufs Ganze gesehen – ausgesprochen spannend liest, ist neben dem erfrischenden Stil und den pointierten Urteilen vor allem seiner durchsichtigen Strukturierung mit durchaus eigenwilligen Zäsuren geschuldet:

„Im Sinne einer Periodisierung, die v.a. ausgehend von innen- und parteipolitischen Konstellationen des österreichischen Staates vorgenommen worden ist, ergeben sich sechs Phasen. Maßgebend und leitend für diese Phasenbestimmung waren fünf Kriterien:

- *Erstens* die zeitgenössischen Zielsetzungen der österreichischen Außenpolitik;
- *zweitens* der Einfluss der Innen- und Parteipolitik auf die österreichische Außenpolitik;
- *drittens* die mehr oder weniger starken Profile der jeweiligen Minister und Ministerinnen für Äußeres;
- *viertens* die Wahrnehmung und Beurteilung Österreichs außerhalb des Landes in den Beziehungen der internationalen Staatenwelt, die auch auf die Selbstwahrnehmung und das Selbstverständnis (Selbstbewusstsein) der Außenpolitik des Landes Rückwirkungen hatten;
- *fünfte* die weltpolitische Großwetterlage und das Klima der internationalen Beziehungen (Ost-West-Konfrontation, Entspannung, das Ende des Kalten Krieges, Europäisierung, Regionalisierung und Globalisierung etc.).

Ausgehend von diesen fünf Ansatzpunkten, Analyse-kriterien und Zugriffsmöglichkeiten bot sich folgende Phaseneinteilung an:

- I. Existenzsicherung, Neutralitätsfindung, Emanzipation und UNO-Anrufung in den „langen Fünfzigern“ (1945-1961)
- II. Aufbruch zu neuen europäischen Ufern in Ost wie West und Südtirol-Kompromiss in den „kurzen Sechzigern“ (1961-1969)
- III. Etablierung und Überhöhung der Neutralität in den „langen Siebzigern“ (1970-1986)
- IV. Isolation und Ausbruch in den „kurzen Achtzigern“: Waldheim-Affäre, „Brief nach Brüssel“, Golfkrieg, Jugoslawienkrise und Südtirollösung (1986-1992)
- V. Außenpolitik im neuen Europa: Höhe- und Tiefpunkte. Der Weg zum EU-Beitritt, EU-Ratspräsidentschaft, „EU 14“-Sanktionsmaßnahmen sowie eine integrationshistorische Bilanz“ (1993-2000)
- VI. Im innenpolitischen Widerstreit: Außenpolitik unter „Schwarz-Blau“ im Lichte von „Vergangenheitspolitik“ und Europäisierung (2000-2005)

Das Buch wurde im Bewusstsein geschrieben und abgeschlossen, „dass es sich nur um einen ersten und vorläufigen Überblick handeln kann, der den Mut zur Lücke haben musste und sich nicht in zu detailliertem Aktenstudium verlieren durfte. Weitere und tiefer gehende Forschungen müssen folgen.“

Dieses sympathische Understatement gewinnt einen zusätzlichen Akzent aus dem Umstand, dass – wie Michael Gehler mit Recht konstatiert – „österreichische Zeitgeschichtsforschung und -schreibung lange Zeit und in manchen Bereichen nach wie vor überwiegend eine Historiographie der ersten Hälfte des 20. Jhs. ist“. Diese Begrenzung, die der Autor auf einem zentralen Feld und mit weiter Perspektive durchbricht, hat ihre wesentliche Ursache darin, dass – ein „wissenschaftspolitischer Skandal“ – es keine Editionsreihe zur österreichischen Außenpolitik nach 1945 gibt und folglich alle einschlägigen Rekonstruktionen sich eines vielfältigen Mosaiks amtlicher und privater Quellen zu bedienen haben. Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Überwindung dieses Handicaps mögen auch erklären, dass die Darstellung ab Mitte der 80er Jahre ein gewisses Übergewicht erlangt, ohne freilich an Durchsichtigkeit einzubüßen.

Angesichts der für den Rezensenten unumgänglichen räumlichen Beschränkungen soll der auf analytische Klarheit dringende Argumentationsstil des Autors wenigstens an einer signifikanten und für Österreichs Außenpolitik relevanten Weichenstellung exemplifiziert werden. Es handelt sich um die auf der Moskauer Deklaration der Großen Drei vom 1. November 1943 beruhende und von den österreichischen Bundesregierungen nach 1945 bewusst instrumentalisierte These vom „Opferstatus“ ihres Landes.

„Zunächst sind einige Fragen zu stellen: Wie konnte es eigentlich dazu kommen, dass sich Österreich als

Opfer der Politik Hitlers sah? Wie beeinflusste dieses Verhalten seine Außenpolitik? Welche Auswirkungen hatte dies? War es wirklich erforderlich, der Welt etwas vorzuspielen? Um so die Opferthese aufzustellen, brauchte es weniger findige Politiker, sondern vielmehr eine willige und zustimmungsbereite internationale Staatenwelt, die vorhanden war. Österreich konnte schon vor dem offiziellen Kriegsende diese Auffassung vertreten, weil seine Politiker durch die unerwartet frühe Ausrufung der Unabhängigkeit ihres Staates seitens der Alliierten in der Lage waren, zumindest das weitere innere Schicksal des Landes selber in die Hand zu nehmen. Das war aber besonders der fundamentalen Entscheidung der Anti-Hitler-Koalition geschuldet, Österreich von Deutschland ein für allemal zu trennen. So gesehen verdankte das Land v.a. seine Existenz der alliierten Absicht zur Schwächung des übermächtigen Nachbarn im Norden. In der Reklamation des Opferstatus hatte die Alpenrepublik auch eine Reihe guter Gründe. *Erstens*: Der wiederholte und erfolgreiche Hinweis auf die gescheiterte Appeasement-Politik Großbritanniens vor dem Krieg war nicht unberechtigt, zumal das Vereinigte Königreich nicht nur die Hitlersche Politik der Jahre 1935 bis 1938 geduldet hatte, sondern auch eine Garantie für Österreichs Unabhängigkeit nicht geben wollte. *Zweitens* kam die rasch erkennbar werdende Uneinigkeit der Alliierten nach dem Krieg zum Vorschein, die rasches österreichisches Handeln angezeigt erscheinen ließ sowie *drittens* die Angst des Westens und seiner Mächte vor einer drohenden Ausbreitung des Kommunismus auch in Österreich. Opfer haben immer Recht. Ihnen muss daher auch geholfen werden. Alles zusammen betrachtet führte dazu, dass dieser „Status“ für Österreich schnell und problemlos akzeptiert wurde. Es gab jedenfalls keinen nennenswerten Widerstand dagegen weder inner- noch außerhalb des Landes.“

Der gewichtigen und sorgfältig dokumentierten Monographie Michael Gehlers, der der Rang eines Standardwerkes relativ risikofrei attestiert werden kann, darf man ohne jedes Zögern viele wissbegierige und kritische Nutzerinnen und Nutzer wünschen.

Seeheim

Werner Ripper